

Merkblatt Eheverträge

Die Statistiken weisen nach, dass fast jede dritte Ehe scheitert. Immer mehr Eheleute schließen daher vor oder auch während der Ehe einen Ehevertrag, um im Falle einer Scheidung bösen Überraschungen vorzubeugen. Zur Unparteilichkeit verpflichtet, berät der Notar über alle Gestaltungsmöglichkeiten und passt den Ehevertrag den persönlichen und finanziellen Verhältnissen beider Ehegatten an. Da wirtschaftlich sehr weitgehende Regelungen getroffen werden können, ist die notarielle Beurkundung des Ehevertrages vorgeschrieben.

Ist kein notarieller Ehevertrag geschlossen, leben die Ehegatten im **gesetzlichen Güterstand** der **Zugewinnngemeinschaft**. Soll eine vollständige Trennung der Vermögensmassen jedes Ehegatten erreicht werden, kann durch Ehevertrag **Gütertrennung** vereinbart werden. Oftmals werden die Interessen der Ehegatten durch eine Abänderung des gesetzlichen Güterstandes (**modifizierte Zugewinnngemeinschaft**) besser gewahrt.

Nur noch selten wird der Güterstand der Gütergemeinschaft vereinbart. In einem Ehevertrag können neben Regelungen über den Güterstand durch Unterhaltsvereinbarungen die Höhe und Dauer eventueller Unterhaltsansprüche für den Fall der Scheidung festgelegt werden. Entsprechendes gilt für den Versorgungsausgleich. Allerdings sind der Gestaltung auch Grenzen gesetzt. Die Grenze ist dort zu ziehen, wo die vereinbarte Lastenverteilung der individuellen Gestaltung der ehelichen Lebensverhältnisse in keiner Weise mehr gerecht wird, weil sie evident einseitig ist und für den belasteten Ehegatten bei verständiger Würdigung des Wesens der Ehe unzumutbar erscheint.

A. Was ist ein Ehevertrag?

Für die Rechtsbeziehungen unter Ehegatten hat das Bürgerliche Gesetzbuch eine Reihe von Vorschriften vorgesehen, die besonders den Fall der Scheidung regeln. Von diesen Vorschriften kann für die Zeit nach der Scheidung - in den vorgenannten Grenzen - durch einen Ehevertrag abgewichen werden.

Meist werden Eheverträge vor der Hochzeit geschlossen. Allerdings ist eine solche Vereinbarungen jederzeit möglich, ggf auch noch kurz vor einer Scheidung, wobei aber eine Jahresfrist einzuhalten ist, wenn z.B. wirksam die Durchführung des gesetzlichen Versorgungsausgleichs ausgeschlossen werden soll.

Die gesetzliche Regelung geht von der sog. Hausfrauenehe aus, bei der ein Ehepartner, in der Regel die Ehefrau, den Haushalt führt und die Kinder erzieht, während der andere Ehepartner, in der Regel der Ehemann, das Vermögen erwirtschaftet und Einkommen erzielt. Für diese Fälle sind die

gesetzlichen Regelungen häufig ein angemessener Ausgleich.

Treffen die Eheleute keine Regelung für den Fall der Scheidung, gelten - vereinfacht dargestellt - folgende Regelungen:

- Zugewinnausgleich:

Die Zugewinnngemeinschaft ist der gesetzlich vorgesehene Güterstand und gilt immer dann, wenn nichts anderes vereinbart ist. Zugewinnngemeinschaft bedeutet, dass während der Ehe gleichwohl eine Trennung der Güter gilt. Jeder bleibt Eigentümer seines Vermögens und jeder behält seine Schulden. Erst am Ende der Ehe wird verglichen, welches Vermögen gebildet wurde. Der während der Ehe erwirtschaftete Teil des Vermögens wird hälftig unter den Ehepartnern geteilt. Erbschaften und Geschenke unterliegen dem Zugewinnausgleich allerdings nur bezüglich ihrer Wertsteigerung oder ihrer Erträge.

- Unterhalt:

Ehegatten schulden einander nach der Scheidung den sog. nachehelichen Unterhalt. Das Gesetz sieht eine Reihe von Unterhaltstatbeständen (z. B. Unterhalt wegen Kinderbetreuung, Unterhalt wegen Krankheit, Unterhalt wegen Erwerbslosigkeit etc.) vor.

Hierzu ist allerdings anzumerken, dass durch das **Unterhaltsrechtsänderungsgesetz** der Unterhaltsanspruch der Ehegatten untereinander erheblich eingeschränkt wurde. Der Gesetzgeber wollte den Grundsatz verstärkt berücksichtigen, dass jeder Erwachsene grundsätzlich selbst das erwirtschaften muss, was er für seine eigene Haushalts- und Lebensführung benötigt. Die Verpflichtung, einer eigenen Erwerbstätigkeit nachzugehen, wurde verstärkt und der „eheliche Statusgedanke“ reduziert.

- Versorgungsausgleich:

Auch bei den Renten- und sonstigen Versorgungsanwartschaften findet ein hälftiger Ausgleich der während der Ehe erworbenen Rechte und Ansprüche am Ende der Ehezeit statt, es sei denn die Ehegatten haben die Durchführung des Versorgungsausgleichs wirksam ausgeschlossen. Für diesen Fall brauchen die Ehegatten für den Fall der Scheidung ihrer Ehe nicht damit zu rechnen, dass ihre Rentenanswartschaften, die ja für die Höhe der später zu beanspruchenden Altersrente maßgeblich sind, erheblich gekürzt werden.

B. Warum ein Ehevertrag?

Auf Ehen, bei denen beide Ehepartner berufstätig sind, passen die gesetzlichen Regelungen nicht immer. Die Lösung hierfür kann ein Ehevertrag darstellen, der spezifischen persönlichen Situationen, z. B. großen Ein-

kommens- und Vermögensunterschieden Rechnung trägt. Betreibt ein Ehegatte ein Unternehmen oder eine freiberufliche Praxis, können Zugewinnausgleichsansprüche zu erheblichen Liquiditätsproblemen führen. Für Unternehmer und Freiberufler können daher Eheverträge eine wirtschaftlich notwendige Lösung sein.

Der notarielle Ehevertrag lässt eine individuelle, angemessene Regelung zwischen den Vertragspartnern zu. Wichtig ist, dass die Ehepartner genau ihre gegenseitigen Interessen und Wünsche analysieren und dem Notar mitteilen. Der Notar kann dann eine den individuellen Verhältnissen angepasste Lösung vorschlagen. Der Notar wird die Ehepartner ausführlich beraten - und zwar beide Seiten, denn er ist zur Neutralität verpflichtet. Unklarheiten sollten offen angesprochen werden.

C. Die Regelung des Güterstandes

Der Güterstand betrifft die Frage des Vermögensausgleichs bei Scheidung. Im gesetzlichen Güterstand der **Zugewinnngemeinschaft** findet (nur hinsichtlich des im Laufe der Ehe erworbenen Vermögens) ein hälftiger Ausgleich statt. Der Güterstand der Zugewinnngemeinschaft gilt dann, wenn die Ehegatten vor oder während der Ehe für ihre Ehe keinen besonderen Güterstand vereinbart haben, daher auch genannt der „**gesetzliche Güterstand**“. Derjenige Ehegatte, der mehr als der andere erwirtschaftet hat, muss dem anderen Ehegatten die Hälfte seines Mehrwertes auszahlen. Der Anspruch ist ein Geldanspruch.

Bei den Ehegatten besteht häufig die irriige Vorstellung, dass im gesetzlichen Güterstand jeder Ehegatte für die Schulden des anderen Ehegatten haftet. Das ist falsch. Auch bei der Zugewinnngemeinschaft bestehen selbständige Vermögen und selbständige Verantwortlichkeiten der Ehegatten. Nur wenn ein Ehegatte z. B. gegenüber der Bank den Darlehensvertrag mitunterschieden hat, kann er auch haften. Aus Haftungsgründen bringt daher z. B. die Gütertrennung gegenüber der Zugewinnngemeinschaft keine Vorteile. Hier wäre ein notarielles Vermögensverzeichnis angebracht, in dem die Ehegatten genau aufführen, wem welche Gegenstände des Hausrates und der Wohnungseinrichtung oder sonstige Vermögensgegenstände gehören.

Grundsätzlich kann jeder Ehegatte mit seinem Vermögen machen was er will, auch im gesetzlichen Güterstand der Zugewinnngemeinschaft. Dieser Grundsatz findet aber eine wichtige Einschränkung. Die Zustimmung des anderen Ehegatten ist erforderlich, wenn der eine Ehegatte über sein Vermögen im Ganzen oder den größten Teil seines Vermögens verfügen will (z. B. ein wertvolles Grundstück). Gleiches gilt bei der Verfügung über Hausratsgegenstände. Auch diese Regelung der § 1365 und § 1369 BGB können im Ehevertrag ausgeschlossen werden, so dass jeder Ehegatte in allen Fällen über sein Vermögen verfügen kann.

Die Ehegatten können die sog. **Gütertrennung** vereinbaren. Während der Ehe sind die Unterschiede zwischen Gütertrennung und Zugewinnngemeinschaft relativ gering. Auch in der Zugewinnngemeinschaft erwirbt jeder Ehegatte die Vermögensgegenstände allein, es findet kein gemeinschaftlicher Vermögenserwerb statt. Aber bei der Ehescheidung bestehen erhebliche Unterschiede. Bei der Zugewinnngemeinschaft ist der sog. Zugewinnausgleich durchzuführen. Bei Gütertrennung findet dagegen kein Ausgleich statt, gleichgültig um wie viel jeder Ehegatte sein Vermögen vermehrt hat. Auch die Gütertrennung hat eine Reihe von Nachteilen, vor allen Dingen im erbrechtlichen und steuerlichen Bereich. Stirbt ein Ehepartner, so hat bei Gütertrennung der Hinterbliebene einen deutlich geringeren Erbanteil als bei der dem Güterstand der Zugewinnngemeinschaft.

Empfehlenswert kann daher die sog. **modifizierte Zugewinnngemeinschaft** sein. Sie ist kein gesetzlicher Güterstand, sondern eine auf die persönlichen Bedürfnisse vertraglich zugeschnittene Zugewinnngemeinschaft. So können zum Beispiel bestimmte Vermögensgegenstände, etwa ein Unternehmen oder eine Immobilie ganz aus dem Zugewinnausgleich herausgehalten werden. Es findet dann im Fall der Scheidung bezüglich der ausgeschlossenen Vermögensteile kein finanzieller Ausgleich statt.

Eher seltener ist die sog. **Gütergemeinschaft**. Bei der Gütergemeinschaft wird das Vermögen der Eheleute zum gemeinsamen Vermögen. Die Folgen sind weitreichend. Vermögensrechtliche Entscheidungen können grundsätzlich nur noch mit dem Einverständnis des Partners getroffen werden. In der Gütergemeinschaft haftet jeder Partner auch für die Schulden des anderen. Wegen dieser Nachteile ist die Gütergemeinschaft heute selten anzutreffen.

D. Unterhaltsregelungen

Auch Unterhaltsregelungen sind im Ehevertrag möglich. Die Ehegatten können grundsätzlich bestimmen, dass der nacheheliche Unterhalt vollständig ausgeschlossen oder eingeschränkt wird. Ein Verzicht auf nacheheliche Unterhaltsansprüche wegen Betreuung gemeinsamer Kinder wird ebenso wie ein Verzicht auf Unterhalt wegen Krankheit aber nur in seltenen Fällen in Frage kommen.

Auf die unterhaltsrechtlichen Änderungen durch das **Unterhaltsrechtsänderungsgesetz** muss aber noch einmal ausdrücklich verwiesen werden.

E. Versorgungsausgleich

Auch der sog. Versorgungsausgleich im Fall der Scheidung kann im Ehevertrag geregelt werden. Bei einem vollständigen Verzicht muss dafür gesorgt werden, dass jeder Ehegatte eine eigenständige Altersversorgung (z. B. Lebensversicherung) aufbaut. Auf die für diesen Fall aber einzuhaltende Jahresfrist des § 1408 BGB muss ausdrücklich verwiesen

werden.

Es obliegt natürlich der Verantwortlichkeit jedes einzelnen Ehegatten, wie weit er zum Beispiel im Rahmen der ja doch noch verbreiteten „Hausfrauenehe“, in der der den Haushalt und die Kinder betreuende Ehegatte mangels einer eigenen Erwerbstätigkeit keine eigenen Rentenanwartschaften erwirtschaften konnte, es verantworten kann, seinen geschiedenen Ehegatten im Rentenalter ohne Versorgung zu belassen.

Auch auf solche Konsequenzen muss der Notar hinweisen.

F. Sonderfall Scheidung

Scheiden tut nicht nur weh, sondern kann auch sehr teuer werden. Besonders, wenn sich die Eheleute erbittert streiten. Viele Ehepartner wissen nicht, dass eine Scheidung kostengünstiger sein kann, nämlich wenn ein Notar eingeschaltet und eine Scheidungsvereinbarung getroffen wird. Während eine streitige Scheidung mit zwei Anwälten schnell teuer werden kann, ist eine einvernehmliche Trennung mit der Hilfe eines Notars meist wesentlich billiger. Insofern lohnt es sich, wenn die scheidungswilligen Ehepartner den Notar aufsuchen und mit diesem die Möglichkeit einer einverständlichen Scheidung erörtern.

Voraussetzung für eine einverständliche Scheidung ist allerdings, dass die Eheleute zu einer friedlichen Lösung bereit sind und die wichtigsten Fragen der Scheidung ohne gerichtliche Hilfe regeln lassen wollen. Eine einverständliche Scheidung setzt eine Vereinbarung über die Scheidungsfolgen voraus, in der zumindest folgende Punkte geregelt werden müssen:

- Gegenseitige Einwilligung der Ehepartner in die Scheidung,
- Unterhaltszahlung für gemeinsame Kinder,
- Gegenseitige Unterhaltsansprüche der Ehepartner,
- Künftige Benutzung der ehelichen Wohnung und
- Verteilung des Hausrates.

Zusätzlich lassen sich im Rahmen der notariellen Scheidungsvereinbarung weitere Fragen regeln, wie z. B.

- Zugewinnausgleich,
- Vermögensverteilung,
- Verteilung künftiger Rentenansprüche (Versorgungsausgleich),
- Erbrechtliche Fragen und
- Tilgung gemeinsamer Schulden.

Durch jede Regelung, die in der Scheidungsvereinbarung getroffen wird, wird das gerichtliche Scheidungsverfahren vereinfacht und verkürzt. Wollen sich die Ehepartner möglichst rasch nach dem 1-jährigen, obligatorischen Trennungsjahr scheiden lassen, haben sie nach Abschluss einer notariellen

Scheidungsvereinbarung die Möglichkeit, sich in einem vereinfachten, gerichtlichen Verfahren gemeinsam nur noch durch einen Rechtsanwalt vertreten zu lassen. Demgegenüber muss sich bei einer streitigen Ehescheidung jeder Ehepartner durch einen eigenen Rechtsanwalt vertreten lassen.

Beim Abfassen der notariellen Scheidungsvereinbarung achtet der Notar darauf, dass keine Partei benachteiligt wird. Der Notar ist aufgrund seines öffentlichen Amtes zu strikter Neutralität verpflichtet und hat darauf zu achten, dass die Interessen beider Ehepartner ausreichend berücksichtigt werden.

Seine Aufgabe kann der Notar allerdings nur dann erfüllen, wenn er umfassend über die Verhältnisse der Eheleute informiert wird. Voraussetzung dafür ist ein offenes Gespräch. Die Schweigepflicht des Notars garantiert dabei absolute Vertraulichkeit. Die einvernehmliche Scheidung spart daher nicht nur Geld, sondern auch Nerven. Besonders wenn Kinder vorhanden sind, ist ein vernünftiges Verhältnis der Ehepartner auch weiterhin für alle Beteiligten notwendig. Dies lässt sich nur im Rahmen einer einvernehmlichen Regelung erzielen.

(Stand Jan. 2008)